A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Internationale Automobil-Ausstellung

Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. November 1928
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6287–6949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt
Literarische Beilage • Frau und Welt
Kraft und Stoff • Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
Nr. 525
8. 11. w 10 Pfennig

Die Autoschau am Kaiserdamm

Zur heutigen Eröffnung — Die größte europäische Automobilausstellung

Die Internationale Automobil- und Motorradausstellung, die am Donnerstag in Berlin ihre Tore eröffnet, wird für sich in Anspruch nehmen dürfen, die umfassendste, eindrucksvollste Kraftwagenschau zu sein, die bisher in Europa veranstaltet wurde. Der gewaltige, prächtig geschmückte Hallenbau des Berliner Messegeländes und sein Freigelände sind dicht besetzt. Die Zahl der Anmeldungen war so unerwartet groß, daß teilweise gegen den Willen der Veranstalterin Einschränkungen der einzelnen Wünsche vorgenommen werden mußten. Wir haben in den vergangenen Jahren, mit der Pause von 1927, eine große Zahl von Automobil-Ausstellungen besprechen dürfen. Wir sind Zeuge gewesen des kraftvollen Aufgangs unserer Kraftwagen- und Motorradindustrie, um nach den schweren Jahren des Krieges wieder wie vordem an der Spitze der Nationen zu stehen. Von Jahr zu Jahr konnten wir die erzielten Erfolge feststellen, zuerst auf dem wirtschaftlich so außerordentlich wichtigen Gebiete der Lastwagen, auf dem die deutsche Technik jetzt wieder unbestreitbar die Führerschaft hat, dann auch auf dem des Personenwagens und Motorrades, vor allem des Wagens und Rades für den täglichen Bedarf.

Außerordentlich vielgestaltig waren die Probleme, die gelöst werden mußten. Es handelt sich nicht um neue Konstruktionen, es handelt sich auch um grundsätzlich neue Fabrikationsverfahren, neue Fabrikationsmittel, Änderungen im Technischen, die tief in das Wirtschaftliche eingreifen. Dazu im Anfang die Hemmungen in der Beruntuhe und Materialknappheit. Wenn wir rückwärts blätterten: wieviele Notersindungen haben wir verzeichnet! Omnibusse mit Generatorgasbetrieb, der Personenwagen für Kohle, Krafträder für die mertwürdigsten Brennstoffe. Inzwischen ist die Brennstoffnage wieder in ruhige Bahnen gelangt, wenn auch die Luftverbindungen zur Verwendung billiger Betriebsmittel durchaus nicht aufgegeben sind, im Gegenteil, die diesjährige Ausstellung wird zeigen, daß die Ingenieure intensiv weiter daran arbeiten. Umwälzungen haben sich in der Materialfrage vollzogen, sowohl was den materiellen Teil wie die Kosten anlangt, neue Stahle, neue bessere Leichtmetalle. Grundlegende Wandlungen gingen in der Lackierungstechnik vor sich, ganz abgesehen von den Wandlungen im Geschmack des Publikums bezüglich der Ausstattung und Formgebung. Der Gummireifen ist sehr viel reifer geworden. Es muß besonderen Besprechungen der Ausstellungsstände vorbehalten bleiben, im einzelnen den jetzt erreichten Stand zu charakterisieren. Hier kommt es uns nur darauf an, schon durch den Hinweis auf verhältnismäßig äußerliche Dinge zu zeigen, welches Maß an Arbeit hinter den Kulissen in den Fabriken ständig geleistet worden ist.

Die Hoffnung von 1924, daß eine gewisse Ruhe in der technischen Entwicklung eintreten würde, um alle Kraft in die Vervollkommnung der Herstellung zu stecken und dadurch zu immer größerer innerer und äußerer Wirtschaftlichkeit zu gelangen, diese Hoffnung ist leider ein schöner Traum geblieben. Der ungeheure Wettbewerb, der innerhalb der Vereinigten Staaten durch eine den eigenen Bedarf bedeutend überschreitende Produktion entstehe, zwang zunächst dazu, die Fabriken, auch den Einsteinmann Ford, zu ändern und zu bessern, neue Formen zu suchen, neuen technischen und fabrikatorischen Ideen Raum zu geben. Gegenüber dieser fieberhaften Neuerungsarbeit, die bald mit der Vermehrung der Motorzahl verbunden ist, ist der Personenwagen in das rein Wirtschaftstechnische eingriff, konnten die europäischen Fabriken sich nicht auf die fabrikatorischen Verbesserungen beschränken, die in dem großen Publikum nicht auffallen und daher propagandistisch schlecht auszuwerten sind. Vor allem fiel unseren deutschen Firmen die doppelte Aufgabe zu: zum Zeitmerkmal der allgemeinen Entwicklung Schritt zu halten, das heißt zu häufiger Aenderung der Modelle bereit sein, und auf der anderen Seite die Nationalwirtschaftlichen und vermehrungsfähigen Gebiet an und versucht die Erwartung aus, daß er sie auch in seinem Amt als Präsident in die Tat umsetzen werde.

Die eigentliche Präsidentenwahl durch die Wahlmänner wird erst am Beginn des nächsten Jahres. Am 14. Januar werden diese Wahlmänner in ihren Heimatstaaten zur Abgabe der Stimmen zusammentreten, die nach amtlicher Beglaubigung in Washington durch den Senatspräsidenten in Gegenwart von Vertretern beider Häuser des Kongresses gezählt werden. Der Termin für diesen offiziellen Schlußakt der Wahl, der selbstverständlich nur formelle Bedeutung besitzt, ist auf den 13. Februar nächsten Jahres angesetzt.

Das Hauptinteresse der amerikanischen Oeffentlichkeit richtet sich auf die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts. Wie bei jedem Präsidentenwechsel dürfte auch die Wahl Hoovers einen Beamtenschub nach sich ziehen, von dem besonders die hohen Regierungsstellen betroffen werden. Die Presse ergeht sich bereits in Vermutungen über das Aussehen der neuen Regierung.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, dürfte Hoover den gegenwärtigen Schatzsekretär Mellon in sein Kabinett übernehmen. Ein solcher Entschluß des künftigen Präsidenten wäre insofern von weitgehender Bedeutung, als Mellon ein erbitterter Gegner aller Vorschläge ist, die auf eine Verminderung oder Streichung der internationalen Schulden abzielen. Mellon gilt als der zweitreichste Mann in den Vereinigten Staaten und verfügt in politischen und Wirtschaftskreisen über großen Einfluß.

Mit lebhafter Spannung sieht man auch der Besetzung des Postens des Staatssekretärs des Auswärtigen entgegen. Hoover nahestehende Persönlichkeiten halten es für ausgeschlossen, daß Senator Borah mit diesem Amt betraut werden könnte. Ob sich der neue Präsident tatsächlich dazu entschließen wird, erscheint jedoch noch sehr fraglich, da Borah für die Anerkennung der Sowjetunion eintritt, während Hoover und Mellon sich stets als Gegner dieses Gedankens bekannt haben. In früheren Erklärungen war von seiten Staatsmännern immer betont worden, daß sie diesen Schritt von der vorherigen Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und Rückgabe der in Rußland nationalisierten amerikanischen Eigentums abhängig machen. Außer Mellon dürften auch die Minister Wex (Post) und David (Marine) in das neue Kabinett übernommen werden.

Gouverneur Smith richtete noch in der Wahlnacht, als an seiner Niederlage nicht mehr zu zweifeln war, an seinen früheren Gegner Glückwunschtelegramm: „Ich begrüßewünsche Sie herzlichst zu Ihrem Sieg und bitte Sie, meine besten und aufrichtigsten Wünsche für Ihr persönliches und Ihr Amtsleben entgegenzunehmen."

Die „New York Herald Tribune" berichtet, daß Präsident Coolidge auf der Rückfahrt nach Washington eine Erklärung abgegeben, daß er das Verhältnis Amerikas zum Ausland heute günstiger als in früheren Jahren beurteile. Die Beziehungen zu Mexiko seien durchaus befriedigend; ebenso sei im Verhältnis zu China eine weitgehende Entspannung eingetreten. Diese Besserung sei in der hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten sich niemals zu einem militärischen Vorgehen gegen dieses Land entschlossen, sondern sich stets nur auf den Schutz der amerikanischen Interessen beschränkt hätten. Präsident Coolidge bezeichnete es als nicht unwahrscheinlich, daß die amerikanische Gesandtschaft in Peking in eine Botschaft umgewandelt werden würde.

Noch kein Ausweg aus der französischen Krise

Poincaré will als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten

fe. Paris, 7. 11. (Eigenbericht)

Das einzige, worüber man sich in politischen Kreisen einig ist, ist die Tatsache, daß die Lage außerordentlich kompliziert erscheint und daß ein Ausweg noch nicht sichtbar geworden ist. Zunächst steht die Frage, ob Poincaré es wieder übernehmen würde, ein Ministerium zu bilden und unter welchen Mehrheitsverhältnissen.

Die eine Anschauung ist, daß Poincaré sich zur Verfügung stellen würde, sobald man ihn ruft. Eine zweite Anschauung geht dahin, daß Poincaré die Bildung übernehmen würde, wenn alle anderen Versuche scheitern sollten. Die dritte Anschauung glaubt überhaupt nicht daran, daß Poincaré das Ministerpräsidium wieder übernehmen will, und sie beruhiget sich Anschauung damit, daß Poincaré es vorziehe, sich für die Präsidentschaftswahlen in Reserve zu halten und sich nicht weiterhin innerpolitisch exponieren will. Poincarés Absicht, als Kandidat für die Präsidentschaft aufzutreten, wird nahezu allgemein als feststehend angenommen, ohne daß man ebenso sicher sich die Folgerung zieht, er werde sich in Zukunft innerpolitisch zurückhaltung auferlegen. Ebenso umstritten ist die Frage, welche Mehrheit Poincaré abgesichtigen würde und ob er gegen die Radikalen regieren wolle. Sehr stark, vielleicht überwiegend, ist die Vermutung, daß Poincaré sich zu letzteren nicht entschließen werde, wofür der ein sehr beträchtlicher Teil der radikalen Parlamentarier Poincaré weiterhin Gefolgschaft zu leisten entschlossen sei, ja, vielleicht in das Kabinett eintreten würde.

Sodann kommen in Betracht die möglichen Mehrheitsbildungen, von denen man theoretisch drei ins Auge fassen kann:

1. Das Kartell.

Seine Anhänger werden sehr wenig günstig beurteilt. Die Sozialisten haben bis jetzt noch keine Neigung zu erkennen gegeben, in das Kabinett einzutreten. Léon Blum stellt im „Populaire" lediglich eine taktische Unterstützung für eine Reformpolitik der Radikalen in Aussicht. Paul-Boncour erklärte gestern abend, daß diese Kombination nicht in Frage komme. Heute nachmittag ist die sozialistische Gruppe zu einer Beratung zusammengetreten, in der die unmittelbare Teilnahme an der Regierung erörtert werden soll. Für einen politischen Beschluß schätzt man die Aussichten im Augenblick gering. Selbst wenn die Sozialisten sich aber bereiterklären sollten, in das Kabinett einzutreten, so hängt man also von der Stellungnahme der Gruppe Loucheur ab, die die Achse der Kammer bildet.

Loucheur rechnete noch bis vor wenigen Stunden mit Sicherheit auf die Rückkehr Poincarés.

Die zweite theoretische Möglichkeit ist die Herstellung der alten Koalition einschließlich der gemäßigten Elemente der Gruppe Marin. Ob die Radikalen dafür zu gewinnen sein werden, muß sehr zweifelhaft erscheinen.

Die dritte Möglichkeit

ist die Bildung eines Kabinetts der republikanischen Konzentration. Eine solche Majorität müßte auf der Linken das gewinnen, was sie auf der Rechten verliert. Ihr werden mancherlei Aussichten gegeben und als Führer Briand genannt.

Um 6 Uhr nachmittags hatte der Präsident der Republik die Reihe seiner politischen Besprechungen beendet. Er hat die Präsidenten der Kammer und des Senats, Malvy und Clémentel (der Name des letzteren wurde im Laufe des Tages als Ministerpräsident genannt) empfangen, ferner den Senator Lucien Hubert, Berichterstatter der Kommission für auswärtige Politik im Senat, ferner Paul Boncour, Danielou, François Marsal, Leyboun und den Radikalen Julien Durand.

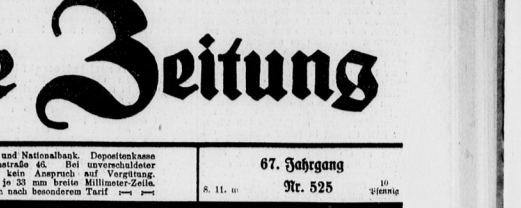
Zugleich mit dem Bekanntwerden dieser Tatsache verbreitete sich in der Kammer das Gerücht, daß der Präsident der Republik Poincaré noch heute abend ins Elisee berufen werde und daß Poincaré eine Umbildung seines alten Ministeriums vorzunehmen gedenke derart, daß von den Radikalen Minister Queuille wiederum ein Ministerium erhalten werde, und daß Julien Durand und der den Radikalen nahestehende Lucien Hubert in das Ministerium eintreten. Es wird behauptet, daß dieses Ministerium, das von dem allen nicht wesentlich unterschieden ist, auf der Linken keinen Widerspruch finden werde.

Von der Börse führte die Hoffnung auf die Rückkehr Poincarés zu zahlreichen Kaufaufträgen. Die Eröffnungskurse lagen erheblich über den letzten Kursen des Vortages. Im Verlaufe gab der Markt etwas nach, auf Realisationen, schloß aber in fester Haltung. Die geben nachhaltigend den Anfang- und Schlußkurs der französischen Renten und lassen in Klammern den Vortagskurs folgen.

3 Proz Staatsanleihe 63,00, 63,00 (63,20)
5 Proz 1913/1919 90,75, 90,70 (90,40)
4 Proz 1918 77,45, 78,00 (77)
5 Proz 1920 107,50, 108,50 (106,50)

Zu der Kammer kam heute ein Gesetzesvorschlag zur Verteilung, der die Rangstellung des zwischen Clémenceau und Churchill abgeschlossenen Abkommens über die Konsolidierung der französischen Schulden in Gang zu bringen. Der Gesetzesentwurf war, wie sich jetzt herausstellt, der Kammer bereits am 9. Juli zugegangen.

Das wiedererstandene Berggießhübel



Die neu aufgebaute Hauptstraße des Ortes mit dem regulierten Bett der Gottleuba, deren Fluten so großes Opfer an Menschen und Gut gefordert hatten

Marinekompromiß-Debatte im Oberhaus

Lord Cushendun antwortet für die Regierung

sx. London, 7. 11. (Eigenbericht)

Die Debatte über die Thronrede wurde heute in beiden Häusern des Parlaments fortgesetzt.

Im Unterhaus hat sich die Opposition dahin geeinigt, daß die Labour Party die wahrscheinlich erforderliche Zahl der Liberale Partei den Marinepakt zum Gegenstand ihrer Angriffe auf die Regierung macht.

Im Oberhaus nahm Lord Cushendun in Erwiderung auf eine Resolution Lord Thomsons gegen das Marinekompromiß das Wort zu der Regierungserklärung. Er begann mit einer langwierigen chronologischen Einleitung, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß keinerlei Geheimniskrämerei vorgelegen hätte. Er müsse allerdings offen sagen, daß Schamberlain die Einzelheiten wahrscheinlich veröffentlicht haben würde, wenn er hätte voraussehen können, welches Mißtrauen in der Welt seine Ankündigung im Unterhaus auslösen würde. Wenn behauptet worden sei, daß dieses Abkommen eine englisch-französische Kombination gegen Deutschland oder gegen Amerika oder auch gegen Italien bedeute, so müsse er feststellen, daß auch nicht der geringste Schatten einer Begründung oder eines Beweises für eine solche Auffassung vorhanden sei. Er könne nicht nachdrücklich genug betonen, daß keinerlei Verpflichtungen bestünden oder bestanden hätten. Die gegenwärtige Lage sei so, als ob der englisch-französische Vorschlag niemals gemacht worden wäre.

Cushendun gibt damit zum ersten Male offiziell zu, daß der Vorschlag fallen gelassen ist.

Der Weg zu weiteren Verhandlungen sei durch den amerikanischen Gegenvorschlag offengehalten. Dieser amerikanische Vorschlag würde zurzeit vorläufig in Erwägung gezogen. Cushendun ging dann auf den bekannten Absatz der Briand-Note ein, in dem Briand für den Fall der Ablehnung des Kompromisses durch Amerika die Notwendigkeit einer weiteren englisch-französischen Zusammenarbeit betont. Auf diesen Punkt war Chamberlain in seiner Antwortnote nicht eingegangen. Cushendun erklärte weiter, daß England auf diesen französischen Wunsch keine Antwort erteilt habe. Frankreich werde Verständnis dafür haben, daß England nicht um seine Nichtes sei geschehen, die warmen und freundlichen Gefühle zu stören, die England Frankreich gegenüber hätte, wenn auch dieser besondere Versuch, sich über die Abrüstung zu einigen, fehlgeschlagen sei.

In einer Schlußbemerkung wiederholte Lord Cushendun die englische Konzession in der Frage der französischen Reparation. Deutschland hatte Englands zwar an seinem gegen die allgemeine Wehrpflicht gerichteten Standpunkt fest und es bedürfe auch keinerlei englischer Verpflichtungen mehr, Frankreich die feinergeit von Chamberlain angebotene Konzession zu gewähren. Da jedoch die meisten europäischen Nationen in dieser Frage unnachgiebig seien, würde es nutzlos sein, neue England verfuchen würde, seinen Standpunkt durchzudrücken. Damit könne es nur dem Vorsichtigen der Abrüstung schaden (!).

Mit diesem Armutszeugnis schloß die Regierungserklärung, und Lord Thomson zog, wie das im Oberhaus üblich ist, seine tadelnde Resolution zurück, nachdem auch noch Lord Grey und Lord Cecil sich kurz an der Debatte beteiligt hatten.

★

Toronto, 7. 11. (Sonderdienst der „DAZ.") Sir Austen und Lady Chamberlain trafen heute in Toronto ein, wo sie einen dreitägigen Aufenthalt nehmen werden. Chamberlain erklärte, er sei vorzüglich wiederhergestellt.

Rumäniens Finanzverhandlungen

x. Bukarest, 7. 11. (Eigenbericht)

Der Absicht, der schwebenden Finanzverhandlungen im Ausland wird nach Ansicht der Mitglieder der Regierungswechsel keine Störung, höchstens eine Verzögerung erleiden. Da die Nationalparteien stets Anhänger einer Auslandsanleihe, der Landesbilfsverein einen Vertrag mit Deutschland gewesen seien, hätte die Regierung Manin gegebenenfalls keine Ursache, die bereits angeknüpften Verbindungen wieder zu lösen. Die Gruppe Arges-Jorga andererseits ist zu sehr in liberalem Fahrwasser, um sich gerade in finanziellen Fragen selbständig anzustellen.

kbg. Wien, 7. 11. (Eigenbericht)

Das Bukarester Blatt „Lupta" meldet, daß der rumänische Unterhändler in Berlin, Oroianu, vom Ministerpräsidenten Maniu beauftragt worden sei, das Abkommen mit Deutschland sofort zu unterzeichnen.

Lisbon, 7. 11. (Sonderdienst der „DAZ.")

Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute hier im Zuge zu den Krönungsfeierlichkeiten ein. Eine riesige Volksmenge bildete Spalier vom Bahnhof zum Kaiserpalast.

Die Etatsentwürfe des Ressorts vor dem Kabinett

Am Mittwochnachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der grundlegende Fragen zum Reichshaushaltsplan für das Jahr 1929 eingehend erörtert wurden. Der neue Haushaltsplan ist zum ersten Male unter den Ausgaben die Daweslast in Höhe von 2½ Milliarden Mark vor. Unter diesen Umständen ist es schwierig, Einnahmen und Ausgaben zu balancieren.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	7. 11.	5. 11.
Tägl. Geld	3½	3½
Bankkredit (15 Tage)	4½	4½
do. ab. 6 Mon.	4½	4½
Fd. Bundesbankkredit, kurz. Kurs	5½	5½
do. Schatzkredit	3½	3½
Berl. Mittelk.	23,81½	23,81
do. Scheck		
London Kabel	4,86	4,84
...Tr.	4,86½	

	7. 11.	5. 11.
London 90 T.	3,80½	3,80½
Paris	3,90½	3,90½
Madrid	19,04½	19,04½
Amsterdam	40,11	40,10½
Zürich	19,24½	19,24½
Oslo	26,45	26,45½
Kopenhagen	26,81½	26,81½
Prag	2,96½	2,96
Wien	2,23½	2,23½
Montreal	15,12	15,12
Buenos Aires	38	38

New Yorker Börse

	7. 11.	5. 11.
Baltimore & Ohio	117½	118
Canad. Pacific	220½	220½
Chesapeake & Ohio	198	198
Chicago-Milwaukee	34½	33½
Erie	60½	60½
Missouri-Pacif. pref.	122½	122
Pennsylvania	54½	54
Southern Pacific	122½	121½
Union Pacific	210	193
Beth. Steels	67½	67½
General Electric	170½	168½
General Motors	220½	221
Intern. Harvester	218	211
Standard Oil N. J.	51½	49½
U. S. Steel Corp.	162½	162½
US St. Louis Pr. nr.	96½	96½
US Beth. Stel. Elat.	141	141
US Kupferwerke 50	—	96
US A. E. G. 1945	—	—
Deutsch. Kredit	99	99

	7. 11.	5. 11.
Kathreiner-Schiff	95½	95½
Waldhof	5,25	5,25
Schwarz Wert.	12,15	12,15
Tulp extra ins.	9,25	9,25
Bw. Bastil. inkn.	9,20	9,25
do. Dez.	9,50	9,51
Januar	9,73	9,74
Petrol. Stand. wh.	17,05	17,05
do. Fissuren	14,25	14,25
do. Mittelstand	1,18	1,18
Prinzeß-Kohl.	3,43	3,43
Zucker Deutsch.	1,36	1,34
do. Januar	1,57	1,55
Mars	2,01	2,01
Kautsch. cryst.	19½	19,50
do. ...sheets	18,75	18,75
Turpentin	55,00	55,00
Schmalz Wh.	49½	49½
Bezinw. N. Orl.	18,07	18,08

	7. 11.	5. 11.
Mahl. Sp.	5,75–6,00	5,75–6,00
Gerfr. Kupf.	23,75–23,85	23,75–23,85
Kontinent	15–16 cts	15–16 cts

New York, Produktenmarkt

	7. 11.	5. 11.
Kaffee Santos	23½	23½
do. Rio	18,00	18,00
do. Dez.	15,83	15,94
do. Januar 29	15,50	15,64
do. März	15,15	15,26
do. Mai	14,90	14,94
do. Juli	14,34	14,43
Baumwolle loko	19,00	19,05
do. Dez.	18,84	19,06
do. Januar	18,77	19,00
do. März	18,75	18,96
do. Mai	18,65	18,84
Zucker	162 000	76 000
Kupfer elektr.	16,00	16,00
do. 30-60 Tage	16,00	16,00
Zinn	49,75	49,25
Blei	6,50	6,50
Zink	5,25	5,25
Schweinem. p. Bahn	20,45	20,45

	7. 11.	5. 11.
Weizen, rot	152½	154½
Kartoffeln	1,27	1,40
Mais, loko	96½	96

	7. 11.	5. 11.
Schmalz Januar	11,97½	12,00
Speck Dezember	11,75	11,75
Speck	12,00	12,00
Lebdem. ...nicht	8,85	8,50
Schweinen höchst.	9,60	9,75
Schweine ...nicht	9,10	9,10
Schweinen höchst.	9,80	9,75
Zuckerr. Cuba	3,00	3,00
Zucker, Weiße	110 000	115 000

Chicago, Produktenmarkt

	7. 11.	5. 11.
Weizen Dezbr.	113½	113½
do. Mai	118½	118½
Mais Dezbr.	82	82
do. Mai	85½	84½
Hafer Dezbr.	43½	43½
do. Mai	46	45½
Roggen Dezbr.	99½	100½
do. Mai	102½	103½
Schmalz Dezbr.	11,55	11,55

	7. 11.	5. 11.
Schweinen Januar	11,07½	11,07½
Speck Dezember	11,75	11,75
Speck	12,00	12,00
Lebdem. ...nicht	8,85	8,50
Schweinen höchst.	9,60	9,75
Schweine ...nicht	9,10	9,10
Schweinen höchst.	9,80	9,75
Zucker, Cuba	3,00	3,00
Zucker, Weiße	110 000	115 000

Die Zusammensetzung des künftigen amerikanischen Kabinetts

Beamtenschub zu erwarten — Staatssekretär Mellon dürfte bleiben

Coolidge über Mexiko und China

ll. New York, 7. 11. (Eigenbericht)

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen, an denen sich kaum noch etwas ändern dürfte, sind auf Hoover als Wahlmännerstimmen aus 40 Staaten entfallen, während Smith nur 87 Stimmen aus acht Staaten auf sich vereinigen konnte. Die für Hoover abgegebenen Stimmen belaufen sich auf 18 bis 19, die für Smith auf 15 bis 16 Millionen.

Es verlautet, daß Smith die Absicht geäußert haben soll, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

★

Mit dem Ende der Wahlschlacht ist ein Wiederaufleben der von reaktionärster und demokratischer Seite entfesselten politischen Leidenschaften zu verzeichnen. Auch die demokratischen Blätter nehmen in durchaus objektiver Weise zu Hoover als der allgemeinen Entwicklung Schritt zu halten, das heißt zu häufiger Aenderung der Modelle bereit sein, und auf der anderen Seite die Nationalwirtschaftlichen und vermehrungsfähigen Gebiet an und versucht die Erwartung aus, daß er sie auch in seinem Amt als Präsident in die Tat umsetzen werde.

Die Wahl Hoovers einen Beamtenschub nach sich ziehen, von dem besonders die hohen Regie-

Aus dem Inhalt

Außenpolitik.

★

Echener über die Konstruktion der nächsten Zeppeline. Seite 2.

★

Abschluß der polnisch-litauischen Konferenz in Königsberg. Seite 2.

★

Georg Enesco (Dr. Kunwald). Seite 3.

★

Die rechtlichen Grundlagen der Außenaktion. Seite 7.

★

Kraft und Stoff:

Sonderausgabe zur Internationalen Automobil- und Motorradausstellung Berlin 1928: Kraftwerkbau und Landstraße (Ministerialrat a. D. v. Schend). — Was kostet mein Kleinauto? (J. Boehner). — Ausland und Inland am Kaiserdamm (F. Wittlinsh). — Das Auto in der Karikatur. — Neue Wege im Motorradbau (Osmar Werner). — Normung im Automobilbau. — Der Dieselmotor für Kraftwagenbetrieb.

★

Weltverkehr:

Das Auto in Südamerika (Dr. Ing. Georg Sinner). — Nachrichtenmittel im Flugverkehr (Dr. F. Roack).

Außenpolitik

Die Krise in Frankreich — Poincarés Gegenoffensive — Zwischen Poincaré und Caillaux — Beispiches — Der neue Präsident der Vereinigten Staaten

Der Rücktritt des Ministeriums Poincaré bedeutete für alle Welt eine Ueberraschung. Allerdings wußte man schon seit längerer Zeit, daß die parteipolitischen Spannungen innerhalb der breiten Regierungskoalition, die bisher Poincarés beinahe diktatorische Herrschaft getragen hatte, im Anwachsen begriffen waren. Man war darauf gefaßt, daß auf dem nach Angers einberufenen Parteitag der Radikalen dementsprechende Beschlüsse gefaßt werden würden. Tatsächlich ist diese Tagung dem auch genau so verlaufen, wie es der frühere Finanzminister Bonnet in seinem vor etwa acht Tagen in der „DAZ." (Nr. 509) veröffentlichten Artikel über den „Kampf zwischen Poincaré und Caillaux" voraussagen hatte. „Unsere Ansicht geht dahin, daß das Ende der Union (nämlich der als nationale Union bezeichneten Regierungskoalition) grundsätzlich beschlossen werden wird, daß man aber den gegenwärtigen Zustand vorläufig aufrechterhalten wird, und — manches Provisorium dauert recht lange". So schloß Georges Bonnet, indem er nach betonte, daß die Stellung Poincarés mittlerweile in angenehmster Angenehmlichkeit „außergewöhnlich stark" sei.

Es kam also nicht ganz unerwartet, daß der Parteitagerg der Radikalen Forderungen beschloß, die sich gegen Poincaré richteten, daß er ihnen jedoch eine Wendung gab, die das Verbleiben der radikalen Minister im Kabinett „vorläufig" zu gestatten schien. „Der Radikale Parteitagerg hat es der Regierung ermöglicht, im Amt zu bleiben." Das war der Eindruck der französischen und ausländischen Berichterstatter in Angers.

Und da geschah das Ueberraschende: Ministerpräsident Poincaré holte zum Gegenschlag aus. Er versetzte die radikalen Minister und ihre Partei in die Zwangslage, die restlose Folgerung aus ihren Parteitagsbeschlüssen zu ziehen. Das Ministerium ist zurückgetreten. Wer soll eine neue Regierung bilden?

★

In Deutschland gibt es eine gewisse Presse, die unbelehrbar ist in ihren hoffnungsseligen Ansichten über das ach so demokratische Frankreich. Diese Presse sah plötzlich ein neues Morgenrot der Verständigungspolitik angebrochen. Nichts kann verkehrter sein, als eine solche Auffassung der Vorgänge in Frankreich. Zwar ist heute noch nicht abzusehen, wie die Dinge laufen werden. Aber eines zeigte sich doch sofort klar: wenn es Poincarés Absicht gewesen sein sollte, die mit „vorläufigem" Widerspruchsgeschlecht vorgehende Opposition zu spalten und die Widerstrebenden vor dem Wolf als tatsche stricknmacher hinzustellen, dann ist er auf dem besten Wege, diese Absicht zu verwirklichen. Verstand doch die erste Folge des Rücktritts des Kabinetts darin, daß sich in der französischen Oeffentlichkeit alsbald die Forderung, Poincaré mit der Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen, geltend machte.

Die derzeitige Regierungskrisis in Frankreich stellt eine Gegenoffensive des alten Kämpfers Poincaré dar, der die an Macht und Einfluß wachsende Gegnerschaft seines alten Widersachers Caillaux in einem Zeitpunkt, in dem sie noch verhältnismäßig schwach und verwundbar ist, verderblich treffen will. Allerdings ist jede Kampfhandlung ein Wagnis mit niemals ganz sicherem Ausgang. Wenn sich die Regierungskrisis tatsächlich, wie viele erwarten, langwierig hinziehen wird, dann sind selbstverständlich überraschende Wendungen nicht ausgeschlossen. Aber auf jeden Fall hat bis jetzt Poincaré seinem Gegner das Gesetz des Handelns vorgeschrieben, und er wird auch eine etwaige Langwierigkeit der Krisis als Beweis seiner eigenen Unentbehrlichkeit auszunutzen entschlossen sein.

★

In einer Zeit, in der in Deutschland die Erinnerung an das furchtbare Unglück der Revolution, deren zehnter Jahrestag herannahte, wieder besonders lebendig wird, kann man nicht dringend genug die Mahnung wiederholen, unsere Ideologen möchten endlich lernen, den Kampf um die Macht im Staate, wie er sich in anderen Ländern abspielt, in seinen wirklichen Hergang zu erkennen. Es ist ein verhältnismäßig enger Kreis von Persönlichkeiten, der in Frankreich im Wechsel der Kabinette immer wieder ans Ruder des Staates gelangt. Die Herrschaft, die Poincaré ausgerichtet hat, seit er und Clemenceau kurz vor dem Ausbruch des von ihnen gewollten